

Aufruf zum Ostermarsch 2009 am 11. April

Kriege beenden! Abrüstung statt Sozialabbau!

**Wir demonstrieren Ostern 2009 für eine Welt ohne Waffen und ohne Rüstung.
Wir streiten für eine Welt, in der niemand an Rüstung und an Krieg verdienen kann.**

Gegenwärtig beschäftigt uns die Wirtschaftskrise. Sie wird weltweit steigende Massenarbeitslosigkeit hervorbringen. Es besteht die Gefahr neuer Verteilungskämpfe, weil niemand die Folgen der Krise freiwillig bezahlen will. Das kann auch zu neuen Kriegen führen.

Mit Steuermilliarden soll jetzt der Casino-Kapitalismus gerettet werden. Aber die jetzt beschlossenen Programme sind weder ausreichend noch sind sie sozial gerecht. Diejenigen, die jahrelang durch Spekulationen

verdient haben, werden nicht herangezogen.

Der Hunger in der Welt nimmt noch weiter zu, weil die Lebensmittelpreise steigen, die Hilfen aber nicht. Die Klimakatastrophe wird nicht wirksam bekämpft.

Auch bei uns wächst die Armut, besonders bei Kindern und Alten. Doch die Rüstungsausgaben dagegen werden weiter erhöht. Jährlich wird über 1 Billion US-Dollar für Rüstung verschwendet, das heißt in Krieg und Mord umgesetzt.

Nein zum Krieg in Afghanistan, Irak und überall auf der Welt

Es wird behauptet, der Bundeswehreinsatz an verschiedenen Stellen der Welt sei notwendig, um den Frieden zu sichern. Wir sagen: Es gibt keine „humanitären“ Militäraktionen. Krieg tötet Menschenleben, auch und gerade unter der Zivilbevölkerung. In Wirklichkeit führen die reichen Länder Kriege, um rohstoffreiche und geostrategisch wichtige Regionen unter ihre Kontrolle zu bringen. Die US-Besatzung im Irak hält an, der Krieg in Afghanistan eskaliert und droht auf Pakistan überzugreifen. Die Zahl der Opfer steigt, die Not der Bevölke-

rung nimmt zu. NATO und auch die Bundesrepublik setzen noch mehr Truppen ein. Die Bundesregierung treibt Deutschland immer weiter in diesen Krieg hinein. In Zeiten sich verknappender Rohstoffe und einer erstarkenden Weltmarktkonkurrenz durch China, Indien und Russland geht es um die Sicherung von Machtbereichen und einer profitablen Wirtschaftsordnung. Aufrüstung, Kriege, Militärinterventionen, Militärstützpunkte und die Weltraummilitarisierung sind wesentliche Bestandteile dieser Entwicklung.

Unser Ziel ist im Gegensatz dazu eine Welt ohne Militär und Krieg, eine Welt der sozialen und wirtschaftlichen Gerechtigkeit, eine Welt, welche die ökologische Krise verhindern kann und eine Welt der internationalen Solidarität. Die Bundeswehr muss aus Afghanistan abgezogen werden.

Die NATO hat nichts zu feiern - Europa abrüsten

Es wird behauptet, die NATO, die dieses Jahr ihren 60. Gründungstag feiert, hätte zur Friedenssicherung beigetragen. Tatsächlich hat sie sich zu einem Bündnis entwickelt, das auf dem Balkan völkerrechtswidrig Jugoslawien angegriffen hatte und gegenwärtig in Afghanistan eine Kriegs- und Besatzungspolitik betreibt, die von der

Bevölkerung immer stärker abgelehnt wird und ständig neue Opfer unter der Zivilbevölkerung hervorbringt. In Europa betreibt die NATO mit ihrer Osterweiterung und der Raketenstationierung eine gefährliche Einkreisungspolitik gegen Russland. Noch immer hält die NATO an einer atomaren Erstschlagstrategie fest. Noch immer sind in

unserem Land Atomwaffen stationiert. Die gegenwärtige Politik der Europäischen Uni-

on ist bestrebt, ihre eigenen militärischen Möglichkeiten auszubauen.

Unser Ziel ist ein demokratisches, friedliches und soziales Europa, das weltweit für Abrüstung und friedliche Konfliktlösungen eintritt. Der EU-Vertrag von Lissabon muss von seiner Aufrüstungsverpflichtung befreit werden. Atomwaffen sollen aus Deutschland abgezogen werden. Die NATO sollte durch ein nicht-militärisches Sicherheitssystem in Europa ersetzt werden.

Terror lässt sich nicht mit Krieg und Demokratieabbau bekämpfen

Es wird behauptet, der Kampf gegen den Terrorismus erfordere neue Maßstäbe bei der inneren und äußeren Sicherheit. Tatsächlich hat die Kriegspolitik des früheren US-Präsidenten Bush die Probleme des Terrorismus nicht lösen können, im Gegenteil: Die Ausweitung von Krieg und Unrecht

bringt immer wieder neue Verzweiflungstaten hervor. Auch der Abbau demokratischer Rechte im Inneren, Freiheits Einschränkungen oder der Ausbau staatlicher Überwachungsmaßnahmen führen in die Irre, erst Recht der angedachte Einsatz der Bundeswehr im Inneren.

Unser Ziel ist eine weltweite Politik, die dem Terrorismus durch Interessenausgleich, soziale Gerechtigkeit in einer neuen Weltwirtschaftsordnung und Toleranz verschiedener Religionen und Weltanschauungen den Boden entzieht. Demokratische Rechte und Freiheiten dürfen nicht geopfert werden.

Für eine friedliche Lösung des Nah-Ost-Konflikts

Es wird behauptet, Israel könne sich gegen Raketenangriffe der Hamas nur mit militärischer Gewalt verteidigen. Tatsache ist aber: Die israelischen Luftangriffe haben in erster Linie die Zivilbevölkerung getroffen und Angst und Schrecken verbreitet. Gaza war durch die Abriegelung ohne medizinische Versorgung. Die Bombenangriffe auf Gaza haben das Leid nur vervielfacht. Es hat sich wieder einmal gezeigt: Gewalt wird den Konflikt nicht lösen, weder die der israelischen Armee noch die der palästinensischen Hamas, sondern nur politische Verhandlungen.

Die Bundesregierung unterstützt einseitig die gegenwärtige Kriegs- und Besatzungs-

politik Israels gegen Palästina, auch mit Rüstungsgütern. Dadurch ist sie mitverantwortlich für die Leiden der palästinensischen Bevölkerung sowie die Gefährdung der gesamten Region und einer friedlichen Zukunft Israels.

Die Atompolitik Irans ist gefährlich, weil jeder Staat, der dem Zugriff auf Atomwaffen näher kommt, ein zusätzliches Risiko für den Weltfrieden ist. Diese Probleme lassen sich aber nur auf dem Verhandlungswege lösen. Kein Staat darf in eine Situation geraten, in der er meint, mehr Sicherheit durch Atombewaffnung zu finden.

Unser Ziel ist Frieden im Nahen Osten. Die schließt einen allseitig anerkannten Staat Israel in gesicherten Grenzen ebenso ein wie die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes des palästinensischen Volkes und ein eigenen Staat Palästina. Alle Konfliktparteien müssen die Resolutionen der UNO einhalten und einen Friedensvertrag schließen. Der Nahe Osten muss zu einer atomwaffenfreien Zone werden einschließlich Iran und einschließlich Israel.

Ostermarsch 2009 in Oldenburg am 11.4.09 (Ostersamstag) um 11 Uhr ab Brunneneck, Lange Str. / Ecke Achternstr.

Zum Ostermarsch rufen auf: Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen – Landesverband Bremen-Niedersachsen DFG-VK, Linkspartei Oldenburg V.i.S.d.P.: Elisabeth Unruh